



Energie-Control Austria für die Regulierung
der Elektrizitäts- und Erdgaswirtschaft
(E-Control)
Rudolfplatz 13a
1010 Wien

Per E-Mail: recht-post@e-control.at

BUNDESARBEITSKAMMER

PRINZ-EUGEN-STRASSE 20-22
1040 WIEN
www.arbeiterkammer.at
erreichbar mit der Linie D

Ihr Zeichen	Unser Zeichen	Bearbeiter/in	Tel	501 65	Fax	501 65	Datum
V GMO G	WP-GSt/Ma/St	Sandra Matzinger	DW	13732	DW	143732	28.08.2023
01/23							

Verordnung des Vorstands der E-Control, mit der die Gas-Monitoring-Verordnung 2017 geändert wird

Die Bundesarbeitskammer (BAK) bedankt sich für die Übermittlung des Entwurfs und nimmt dazu wie folgt Stellung.

Mit der vorliegenden Verordnung nimmt die Regulierungsbehörde E-Control ihre Monitoringverantwortlichkeiten, vor allem im Endkund:innenbereich, wahr. Im Zuge der jetzigen Ergänzung erfolgt eine geringfügige Ausweitung der Erhebungsinhalte sowie die Einführung einer monatlichen Meldeverpflichtung, wie es bereits der etablierten Praxis im Zusammenhang mit laufenden Erhebungen zur Belieferung der Bevölkerung mit Gas während der Corona-Pandemie der Fall war, um weiterhin zeitnahe auf besondere Ereignisse, wie zB Krisen, reagieren zu können. Außerdem sind Bestimmungen zu den Meldepflichten der Fernleitungsnetzbetreiber und der Speicherunternehmen enthalten, die ein Monitoring der gebuchten und freien Kapazitäten an Entry- und Exit-Punkte und bei Erdgasspeichern ermöglichen. Das Monitoring der Entwicklung der Verfügbarkeiten sowohl von Transport- als auch Speicherkapazitäten ist vor allem für eine längerfristigen Betrachtung der Versorgungssicherheit relevant.

Vor dem Hintergrund der derzeitigen Dekarbonisierungstendenzen des Energiesystems, basierend auf nationalen sowie internationalen Zielsetzungen, ist es wichtig, dass die Auswirkungen dieses Vorhabens auf die Haushaltskund:innen genau im Auge behalten werden. Die erweiterten Meldepflichten werden von der BAK begrüßt und helfen, die vielfältigen Aspekte des Konsument:innenschutzes besser unter Beobachtung zu haben. Der Preisschock an den Gasmärkten nach der russischen Invasion in der Ukraine hat gezeigt, dass gerade Menschen, die auf Gasverträge zum Heizen angewiesen sind, diesen Preisentwicklungen in besonders hohem Maße ausgeliefert waren. Zusätzlich ist es aus finanziellen als auch aus wohnrechtlichen Gründen für viele Menschen nicht möglich, auf ein

klimaneutrales Heizungssystem umzusteigen. Die nun ausführlicher erhobenen Daten helfen, akute Problemlagen aufgrund kurzfristiger starker Preisänderungen schneller zu erkennen und bereiten für den Gesetzgeber gleichzeitig eine valide Basis, um entsprechende Hilfen aufzusetzen und sicherzustellen – kurzfristig wie auch langfristig. Diese Basis muss dann selbstverständlich aber auch genutzt werden, um den Konsument:innen wirklich zu helfen.

Die BAK teilt die Einschätzung der Regulierungsbehörde, dass die Erhebung dieser Daten die Früherkennung von Marktphänomenen sowie der Abschätzung derer sozioökonomische Folgen für betroffene Endkunden verbessert. Im Laufe der Zeit, wenn sich immer mehr Verbrauchergruppen aus dem Gas zurückziehen werden, wird es sogar noch wichtiger werden, Marktpraktiken und -entwicklungen mit wesentlichen Folgen für den Schutz der Endkund:innen genau im Auge zu haben und zu verfolgen. Die BAK hat bereits vielfach darauf hingewiesen, dass es besonderes Augenmerk auf jene braucht, die sich nicht so einfach einen Ausstieg aus fossilen Energieträgern zur Bereitstellung von Heizungsenergie leisten können und verweist in diesem Zusammenhang auf die von ihr in Auftrag gegebene Heizartenstudie aus dem Jahr 2019 ([Wirtschaftspolitik - Standpunkte 2020 Heft 36 \(36\) - Portal der Arbeiterkammern und des ÖGB Verlags](#)).

Die BAK ersucht um Berücksichtigung ihrer Anliegen und Anregungen.

